

Steigende Preise

„Die hohe Inflation ist das Ergebnis verantwortungsloser Politik“

Der Preisauftrieb ist so hoch wie seit fast 30 Jahren nicht mehr. Holger Schmitz, Vorstand von Schmitz & Partner, ist überzeugt: Die politischen Entscheidungsträger treiben die Inflation absichtlich nach oben.

Im Dezember vergangenen Jahres lagen die Verbraucherpreise in Deutschland laut Statistischem Bundesamt um 5,3 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Damit hat sich der Preisauftrieb im abgelaufenen Jahr nicht nur nahezu stetig fortgesetzt. Die jüngsten Zahlen markieren überdies den Höchstwert seit Juni 1992, als der Zuwachs sogar 5,8 Prozent betrug. Doch auch dieser traurige Rekord dürfte schon bald übertroffen werden. Mehr noch: Die Erzeugerpreise stiegen nach Angaben des Statistischen Bundesamts im Dezember 2021 sogar um satte 24,2 Prozent – und damit so stark wie niemals zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.

Als Gründe führen Politik und Notenbanken gerne an, dass steigende Ölpreise, Lieferengpässe, Nachholeffekte im Rahmen der Corona-Krise oder andere Faktoren außerhalb ihres Verantwortungsbereichs dafür ausschlaggebend waren, dass den Menschen real weniger Kaufkraft zur Verfügung steht, sie also kalt enteignet werden. Doch beim genaueren Hinschauen wird klar, dass dies lediglich vorgeschobene Gründe sind, die von der wahren Ursache ablenken: der massiven Ausweitung der Geldmenge durch die Europäische Zentralbank (EZB) sowie anderen einflussreichen Notenbanken.

Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit bestimmen die Inflation

Schon von seinem Ursprung her stammt der Begriff Inflation von „inflare“ ab, also aufblasen. Hierzu passt, dass die EZB die Geldmenge M3 im Euroraum seit Anfang 2020 um 18 Prozent ausgeweitet hat. Und in den USA hat die Federal Reserve die Geldmenge im selben Zeitraum sogar um 36 Prozent ausgedehnt. Dieses Überangebot an Geld trifft auf eine nahezu gleichgebliebene Gütermenge.

Hinzu kommt: In der Vergangenheit wurde ein Teil des übermäßigen Geldwachstums dadurch

DAS INVESTMENT

aufgefangen, dass die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kontinuierlich gesunken ist. Dies ist jetzt jedoch nicht mehr der Fall. Das erwartbare Resultat sind die kräftig steigenden Preise. Daher ist die aktuelle Inflation für mich alles andere als überraschend. Was einzig und alleine überrascht ist höchstens, dass der Wertverlust des Geldes erst jetzt in diesem massiven Ausmaß sichtbar wird.

Hohe Inflation ist politisch gewollt

Die oben beschriebene Argumentation der politischen Entscheidungsträger – und hier ziehe ich die Notenbanker mit ein – wird jedoch erklärbar, wenn man sich die immense Zunahme der Staatsschulden vor Augen führt. Laut Eurostat lag die Staatsverschuldung innerhalb der Euro-Zone bereits im Jahr 2020 bei 98 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und die Maßnahmen zur finanziellen Bewältigung der Corona-Krise haben sie seither weiter substanziell anwachsen lassen. Zur Erinnerung: Im Vertrag von Maastricht war der Wert einst auf eine Höchstgrenze von 60 Prozent verankert worden.

Diese Schuldenlast muss in der Zukunft – zumindest theoretisch – zurückbezahlt werden. Ebenso die immer höheren Kosten für die Finanzierung, denn die Kreditzinsen dürften kaum für immer im Bereich von null Prozent bleiben. Da sich somit nominal die Defizite kaum mehr abbauen lassen, besteht lediglich noch die Möglichkeit, sie zumindest real erträglich zu gestalten, indem man eine höhere Inflation zulässt beziehungsweise sie sogar durch aktives politisches Handeln herbeiführt.

Bei einer Inflationsrate von 6 Prozent halbiert sich die Schuldenlast kaufkraftbereinigt bereits nach zwölf Jahren und nach 24 Jahren hat sie sich sogar geviertelt. Da gleichzeitig die Zinsen von der EZB weiterhin künstlich gedrückt werden, besteht für die nur auf Zeit gewählten politischen Entscheidungsträger kein Grund mehr, die öffentlichen Haushalte mit schmerzhaften (aber notwendigen) Sparmaßnahmen zu konsolidieren. Doch klar ist: Werte bei der Staatsverschuldung von 206 Prozent in Griechenland oder 156 Prozent in Italien stellen massive Bedrohungen für die Stabilität in der Euro-Zone dar – wobei die Auswirkungen auch für die Bürger hierzulande in der Preisentwicklung bereits jetzt offen zu Tage treten.

Weichwährung Euro

Vor diesem Hintergrund erwarte ich einen weiter anhaltenden Kurs- und Wertverfall des Euro. Nicht unbedingt gegenüber dem US-Dollar, da sich dieser in einer gleichartigen Abwärtsbewegung befindet (7 Prozent Inflation im Dezember 2021), wohl aber gegenüber Währungen von Ländern mit soliden Staatsfinanzen wie etwa Norwegen oder der Schweiz. In der Schweiz lag die Inflationsrate im vergangenen Dezember bei minimalen 1,2 Prozent, für die Jahre 2022 und 2023 rechnet die Nationalbank sogar mit noch niedrigeren Werten. Für Anleger empfiehlt es sich daher aus meiner

DASINVESTMENT

Sicht, in Aktien aus diesen Ländern zu investieren, da sie darüber zusätzlich zu Wertzuwächsen auf Einzeltitelebene auch von der erwarteten Aufwertung auf Währungsebene profitieren können.

Dieser Artikel erschien am **31.01.2022** unter folgendem Link:

<https://www.dasinvestment.com/die-hohe-inflation-ist-das-ergebnis-verantwortungsloser-politik/>